

ONLINE-PUBLIKATION

Autor*innenteam

**Die Kampagne
«Boycott, Desinvestitionen
und Sanktionen»
Hintergründe, Ziele
und Methoden**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

TSAFRIR COHEN arbeitet seit 2015 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
zunächst als Leiter des Büros in Tel Aviv und seit 2020 als Büroleiter in London.

KATJA HERMANN arbeitet seit 2012 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
zunächst als Leiterin des Büros in Ramallah und seit 2016 als Leiterin des Westasien-Referats.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 15/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: November 2021, aktualisiert im Oktober 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort	4
Entstehung der BDS-Kampagne	5
Struktur der BDS-Kampagne	6
Methoden der BDS-Kampagne	6
Kritik an der BDS-Kampagne	7
Doppelte Standards und monokausale Erklärungsmuster	9
Sinnhaftigkeit von Boykotten und Sanktionen	9
Unterstützung für die BDS-Kampagne	10
Wirkung der BDS-Kampagne	11
Maßnahmen und Beschlüsse gegen die BDS-Kampagne	11
Die Meinungsfreiheit und rechtliche Fragen	12
Schlussfolgerungen	12

VORWORT

In Deutschland löst der Umgang mit der BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) heftige Reaktionen und Kontroversen aus, die auch die politische Linke betreffen. Während der Deutsche Bundestag den Beschluss «Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen» im Mai 2019 mit großer Mehrheit verabschiedet hat, erfährt die Kampagne breite Unterstützung in der palästinensischen Zivilgesellschaft, in diversen politischen Diskursen im globalen Süden, an US-amerikanischen Universitäten sowie in vielen anderen Ländern und findet Anklang bei Teilen der israelischen Friedensbewegung. Allerdings ist auch in progressiven Kreisen eine zunehmend kritische Haltung zu BDS vernehmbar, etwa im Vereinigten Königreich.

Das Westasien-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat dieses Thema aufgegriffen und ein Papier erstellt, in dem es sich mit den Hintergründen, Zielen und Methoden der BDS-Kampagne auseinandersetzt. In dem Text geht es um die Frage, was diese Kampagne für die politische Linke, und insbesondere für die deutsche Linke, bedeutet und wie ein Umgang mit BDS in Deutschland aussehen kann.

Das Papier, das im September 2019 entstanden ist, wurde zunächst in einem internen Fachgespräch reflektiert und kontrovers diskutiert. Ziel war es, mit diesem Text zu einer Versachlichung und Differenzierung der allzu häufig aufgeheizten Diskussion beizutragen. Während die Verfasser*innen und andere

an der Diskussion beteiligte Kolleg*innen durchaus unterschiedliche Haltungen zur BDS-Kampagne einnehmen und nicht alle jede einzelne Aussage im Papier teilen, sind sie sich darin einig, dass eine – auch streitbare – *Debatte* über den Hintergrund und die Motivation der BDS-Kampagne und über gewaltfreie Formen von Widerstand gegen die israelische Besatzungspolitik möglich sein muss. Bewusst ist uns aber auch, dass diese Debatte ohne eine kritische Reflexion über das Fortbestehen von antisemitischen Erklärungsmustern, leider auch in Diskursen zum israelisch-palästinensischen Konflikt, unvollständig bleibt.

Die Debatte um BDS ist seitdem weitergegangen, in Teilen wird sie mittlerweile kenntnisreicher und differenzierter geführt, was sicherlich auch daran liegt, dass sich deutlich mehr und sehr unterschiedliche Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen daran beteiligen. Angesichts vielfach schrumpfender demokratischer Debattenräume ist das eine begrüßenswerte Entwicklung – Räume für die demokratische politische Debatte müssen erhalten und gestärkt werden, auch in Deutschland. Vor diesem Hintergrund soll die Veröffentlichung des BDS-Papiers an dieser Stelle als ein Debattenbeitrag verstanden werden.

Tsafrir Cohen
Katja Hermann

DIE KAMPAGNE «BOYKOTT, DESINVESTITIONEN UND SANKTIONEN»

HINTERGRÜNDE, ZIELE UND METHODEN

In Deutschland löst der Umgang mit der Kampagne «Boycott, Divestment and Sanctions» (BDS) heftige Reaktionen und Kontroversen aus, die gerade auch die politische Linke (be-)treffen. Während der Bundestag den Beschluss «Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen»¹ mit großer Mehrheit im Mai 2019 verabschiedet

hat, erfährt die Kampagne breite Unterstützung in der palästinensischen Zivilgesellschaft, in linken Kreisen Israels sowie in diversen politischen Bewegungen im globalen Süden (beispielsweise in Südafrika), in Teilen der US-Gesellschaft und in vielen anderen Ländern. Das Papier soll zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen.²

ENTSTEHUNG DER BDS-KAMPAGNE

Der palästinensische Aufruf zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen³ gegen den israelischen Staat geht auf das Jahr 2005 zurück. Hintergrund waren die steigende Zahl der israelischen Siedler*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten⁴ und das sich abzeichnende Scheitern der Oslo-Abkommen – und damit der Zweistaatenlösung. Angesichts der politischen Unfähigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), einen palästinensischen Staat Realität werden zu lassen, sowie der Untätigkeit der internationalen Staatengemeinschaft – trotz des Urteils des Internationalen Gerichtshofs im Jahr 2004, die Sperranlage («Mauer») und die Siedlungen als völkerrechtswidrig einzustufen⁵ – entstand in der palästinensischen Zivilgesellschaft eine Bewegung, die zu Boykott, Investitionsabzug und Sanktionen gegenüber Israel aufrief. Dieser Aufruf wurde von 171 palästinensischen Organisationen unterschrieben, darunter die allermeisten Berufsverbände, politische Parteien sowie zivilgesellschaftliche Organisationen.

Ziele der BDS-Kampagne

Die BDS-Kampagne verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

1. die Beendigung der Besatzung und Kolonisierung aller arabischen Gebiete sowie der Rückbau der Sperranlage;
2. die vollständige Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Bürger*innen innerhalb Israels;
3. die Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren.⁶

Diese drei Forderungen sind durch Resolutionen⁷ der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrates gedeckt.⁸ Sie entsprechen auch den Verpflichtungen, die Israel bei seiner Aufnahme in die UN durch die UN-Generalversammlung eingegangen ist,⁹ sowie den auch für den Staat Israel rechtlich bindenden Normen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (kurz Zivilpakt, IPbpR).¹⁰

1 Deutscher Bundestag: Bundestag verurteilt Boykottaufrufe gegen Israel, unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892.

2 Vielen Dank an Riad Othman, Nahostreferent für die Hilfsorganisation medico international, für seine wichtige Zuarbeit.

3 Weitere Informationen auf der englischen bzw. deutschen Internetseite der Kampagne unter: <https://bdsmovement.net/>; <http://bds-kampagne.de/>.

4 Seit der Unterzeichnung des ersten Osloer Abkommens 1993 hatte sich die Zahl israelischer Siedler*innen in der Westbank und Gaza von 116.300 auf 247.300 im Jahr 2005 mehr als verdoppelt. Die Zahl der israelischen Siedler*innen in Ostjerusalem stieg in derselben Zeit von 155.000 auf 186.700.

5 International Court of Justice: Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, unter: www.icj-cij.org/en/case/131https://www.icj-cij.org/en/case/131.

6 BDS Movement: Palästinensische Zivilgesellschaft ruft zu Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt, 9.7.2005, unter: <https://bdsmovement.net/call#German>.

7 Hier seien nur die beiden wichtigsten genannt: Resolution A/RES/194 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 11.12.1948, unter: www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf, und Resolution S/RES/242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 2.11.1967, unter: www.un.org/Depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf.

8 Dabei gilt es zu bedenken, dass es zu den Resolutionen der UN-Gremien eine umfangreiche und differenziert zu betrachtende Debatte gab und gibt.

9 UN-Generalversammlung: Third Session, A/RES/273, Admission of Israel to Membership in the United Nations, 11.5.1949, unter: <https://undocs.org/en/A/PV.207>.

10 Wie im Fall des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (kurz Sozialpakt, IPwskR) hat Israel jedoch nicht die optionalen Protokolle zu diesen Abkommen unterzeichnet und ratifiziert; vgl. UN Office of the High Commissioner for Human Rights: Status of Ratification, unter: <http://indicators.ohchr.org/>.

Wie die drei Forderungen bzw. Ziele umgesetzt werden sollen, präzisiert die BDS-Kampagne nicht. Da ihre Unterstützer*innen unterschiedliche Positionen zur politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes vertreten (z. B. Zweistaatenlösung, ein binationaler säkularer Staat auf dem gesamten ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, konföderale Lösungen), soll diese Lösung durch Verhandlungen zwischen Israel und einer demokratisch legitimierten palästinensischen Führung geregelt werden. Die Kampagne sieht ihre Aufgabe vielmehr

darin, durch öffentlichkeitswirksame Kritik und wirtschaftlichen Druck auf Israel zu einer erhöhten Verhandlungsbereitschaft beizutragen. Inspiriert wurde die BDS-Kampagne von der antikolonialen Boykottbewegung gegen die Apartheid in Südafrika, die in den 1970er und vor allem 1980er Jahren in Großbritannien, im Commonwealth, später auch in den USA, in den realsozialistischen Ländern, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland eine beträchtliche öffentliche Wirkung erzielte.

STRUKTUR DER BDS-KAMPAGNE

Die Struktur der BDS-Kampagne zeichnet sich durch eine wenig formalisierte, dezentrale Organisation aus. Es gibt keine dezidierten Aufnahmevoraussetzungen oder spezielle Aufnahmeverfahren; Akteure können sich einseitig durch Erklärung der Kampagne anschließen. Dadurch ist BDS ein internationales, heterogenes Netzwerk sehr unterschiedlicher Gruppen und Akteure. Das palästinensische Nationale BDS-Komitee (BNC) in Ramallah zeichnet für die inhaltliche Linie der Kampagne verantwortlich.

In diesem Komitee sind die meisten palästinensischen Gewerkschaften, NGOs, Frauen- und Sozialverbände vertreten. Die mit BDS verbundene Palästinensische Kampagne für akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI) ist speziell für den akademischen und kulturellen Boykott zuständig.

Wer tatsächlich im Namen von BDS außerhalb der palästinensischen Gebiete spricht und agiert, ist aufgrund dieser Organisationsform nicht immer klar auszumachen. Einzelne Gruppen können sich selbst eigene Ziele setzen. Wenn sie die zentralen BDS-Kriterien nicht befolgen, gibt es keine offiziellen Sanktionsmaßnahmen. Das Netzwerk ist ausdrücklich aktivistisch geprägt. Außer wenigen Stellen bei palästinensischen Organisationen oder bei einigen Verbänden in den USA und Großbritannien gibt es kaum hauptamtliche Angestellte in der BDS-Kampagne. In Deutschland scheint keine Person für die Koordinierung oder Umsetzung von BDS-Aktivitäten bezahlt zu werden.

METHODEN DER BDS-KAMPAGNE

Die BDS-Kampagne möchte ihre Ziele durch individuellen und institutionellen Boykott, durch wirtschaftliche Desinvestitionen sowie durch staatliche und internationale Sanktionen erreichen.

BOYKOTT

Der Boykott kann in drei Kategorien unterteilt werden: *Verbraucherboykott*: Boykott von Produkten israelischer und ausländischer (etwa Hewlett-Packard, Caterpillar) Unternehmen, die zu Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten beitragen. Zwar richtet sich der BDS-Warenboykott offiziell gegen alle israelischen Produkte, in der Praxis konzentrieren sich

BDS-Aktivitäten aber vor allem auf israelische Firmen, die direkt von der Besetzung profitieren.¹¹

Akademischer Boykott: Boykott aller israelischen akademischen Institutionen, sofern nicht anders nachgewiesen, aufgrund ihrer aktiven oder passiven Beteiligung an der Aufrechterhaltung der israelischen Besetzung, an der Verweigerung grundlegender palästinensischer Rechte sowie an Israels Verstößen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte. In der Praxis können vor allem internationale Forschungsk Kooperationen aufgelöst, der Studierendenaustausch beendet oder ausländische Beteiligungen an Konferenzen und Veranstaltungen in Israel abge-

¹¹ BDS Movement: Know what to boycott, FAQ, unter: <https://bdsmovement.net/get-involved/what-to-boycott>.

sagt werden. Gleichzeitig lehnt PACBI, die innerhalb der BDS-Bewegung diesen Bereich abdeckt, die Boykottierung einzelner Individuen grundsätzlich ab. So sollen beispielsweise Akademiker*innen, die an israelischen Universitäten forschen oder die israelische Staatsbürgerschaft haben, nicht per se boykottiert werden, es sei denn, sie repräsentieren eine israelische Institution in amtlicher Funktion.¹²

Kultureller Boykott: Auch der kulturelle Boykott soll dem Staat Israel und israelischen Institutionen schaden, sofern diese nicht öffentlich für die Rechte der Palästinenser*innen – wie sie in den BDS-Forderungen formuliert werden – eintreten. Das umfasst zum Beispiel den Boykott von israelischen Kulturveranstaltungen im Ausland oder umgekehrt die Auftritte von ausländischen Kulturschaffenden in Israel. Der Boykott von Arbeiten israelischer Kulturschaffender im Ausland zielt auch hier nicht auf Individuen, es sei denn, diese repräsentieren eine israelische Institution oder beeinflussen die öffentliche Meinung zugunsten Israels. So soll laut den Kriterien von PACBI israelische Kunst – etwa ein Film, auch wenn dieser mit israelischem Staatsgeld gefördert wurde – nicht boykottiert werden, solange diese nicht von einer israelischen Botschaft oder einer Lobbyorganisation präsentiert,

beworben oder finanziert wird.¹³ In der Praxis rufen BDS unterstützende Gruppen allerdings immer wieder zum Boykott israelischer Künstler*innen auf, auch wenn ihre Auftritte im Ausland nicht direkt vom Staat finanziert wurden.

DESINVESTITIONEN

Internationale Firmen sollen ihre Investitionen in den besetzten Gebieten und in Israel beenden und ihr Kapital aus israelischen Firmen abziehen. Das kann auch über die Mobilisierung von Aktienbesitzer*innen oder Fondsmanager*innen erfolgen, die ihrerseits Einfluss auf die jeweilige Ausrichtung der Investitionspolitik nehmen sollen, damit Beteiligungen an Unternehmen abgestoßen werden, die aus BDS-Sicht fragwürdig sind.

SANKTIONEN

Staaten und internationale Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat oder die EU sollen Sanktionen gegen Israel verhängen. Die von BDS geforderten Sanktionen betreffen Geschäfte mit illegalen Siedlungen, den Waffenhandel und Freihandelsabkommen. Außerdem wird der Ausschluss Israels aus internationalen Foren wie UN-Gremien oder der FIFA gefordert.

KRITIK AN DER BDS-KAMPAGNE

EXISTENZRECHT ISRAELS

Die Forderung, die Besatzung und Kolonisierung aller arabischen Gebiete zu beenden, wird mitunter als Infragestellung des Existenzrechts Israels innerhalb seiner anerkannten Grenzen interpretiert. Das Nationale BDS-Komitee in Ramallah stellt klar, welche Gebiete gemeint sind: «Dieses Ziel bezieht sich daher auf alle arabischen Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden und bis heute von der UN als «seit 1967 besetzte arabische Gebiete» bezeichnet werden: das palästinensische Westjordanland (inklusive Ostjerusalem) und der Gazastreifen sowie die syrischen Golanhöhen. Kolonialisierung bezieht sich auf Israels völkerrechtswidrige Siedlungs- und Annexionspolitik in diesen besetzten Gebieten.»¹⁴ Die BDS-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland hat zudem versucht, dieses Missverständnis aus-

zuräumen, indem sie die erste Forderung in ihrem eigenen Aufruf an dieser Stelle präzisiert hat: «Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer.»¹⁵

GLEICHBERECHTIGUNG DER PALÄSTINENSISCHEN STAATSBÜRGER*INNEN ISRAELS

Die Forderung nach Gleichberechtigung der palästinensischen Bürger*innen Israels wird mitunter als Infragestellung der demokratischen Grundordnung Israels innerhalb seiner völkerrechtlich definierten Grenzen aufgefasst. Tatsächlich sind sie offiziell gleichberechtigte Staatsbürger*innen. Die wichtigsten Institutionen der palästinensischen Minderheit in Israel und internationale Beobachter*innen weisen

12 BDS Movement: Academic Boycott, unter: <https://bdsmovement.net/academic-boycott#why>. PACBI hat darüber hinaus Richtlinien für den akademischen Boykott; vgl. BDS Movement: PACBI Guidelines for the International Academic Boycott of Israel, 9.7.2014, unter: <https://bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines>.

13 BDS Movement: Cultural Boycott, unter: <https://bdsmovement.net/pacbi/cultural-boycott-guidelines>.

14 BDS-Kampagne: Betreff: Antrag «Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung (boycott, divestment and sanctions)», 21.11.2017, unter: http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2017/11/171121_BNC-an-Stadtrat-M%C3%BCnchen.pdf, S. 3.

15 BDS-Kampagne: Deutschlandweiter BDS-Aufruf, unter: <http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/>.

jedoch auf zahlreiche Formen institutioneller und struktureller Diskriminierung hin.¹⁶

RÜCKKEHRRECHT DER PALÄSTINENSISCHEN FLÜCHTLINGE

Die Umsetzung des sogenannten Rückkehrrechts der mehr als fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge (einschließlich ihrer Nachkommen¹⁷) wird als potenzielle Bedrohung des jüdischen Charakters des Staates Israels kritisiert. Die Anerkennung des individuellen Rückkehrrechts – in den UN-Resolutionen 194 und 3236 bestätigt – ist bis heute eine grundlegende Forderung aller palästinensischen Parteien sowie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Letztere repräsentiert nicht nur die Bevölkerung in den besetzten Gebieten, sondern begreift sich als Vertreterin aller im Exil lebenden Palästinenser*innen, die infolge der Kriege von 1948 oder 1967 zu Flüchtlingen wurden.

Die Anerkennung dieses Rechts – international durchaus umstritten¹⁸ – steht in der palästinensischen Politik nicht zur Debatte. Seine Umsetzung wird jedoch diskutiert und war integraler Bestandteil der Friedensverhandlungen zwischen der PA und der israelischen Regierung. Die BDS-Kampagne kommentiert diese Diskussion nicht: Wie das Rückkehrrecht bei einer künftigen Übereinkunft zwischen Palästinenser*innen und Israel konkret realisiert wird, ob also allen Flüchtlingen und ihren Nachkommen oder nur einem (geringen oder symbolischen) Teil von ihnen eine Rückkehr ermöglicht wird, während andere Flüchtlinge kompensiert werden, dazu nimmt die BDS-Kampagne nicht Stellung.

Nichtdestotrotz ist die israelische Kritik an dieser Forderung nicht von der Hand zu weisen. Tatsächlich würde die Umsetzung des Rechts auf Rückkehr zu einer demografischen Realität führen, die eine jüdische Mehrheit im Land zunichtemachen würde. Auch wenn das Recht durch die UN-Resolution gedeckt ist, bestreitet Israel dieses vor allem mit seinem Anspruch, als Staat seinen jüdischen Charakter zu behalten.

Abgesehen von dieser offiziellen Position sprechen sich mehrere führende israelische Politiker*innen und Friedensaktivist*innen dennoch für eine Anerkennung des Rückkehrrechts und damit für die Anerkennung einer Mitverantwortung für Flucht und Vertreibung aus, wie etwa im Vertragsentwurf der Genfer Initiative¹⁹ festgehalten wurde. Dieser sieht jedoch für die Mehrheit der Geflüchteten eine Lösung außerhalb der Grenzen des Staates Israel vor.

ANTISEMITISMUS

Zudem wird der BDS-Kampagne Antisemitismus vorgeworfen. Weder die Ziele noch die Methoden der BDS-Bewegung können jedoch als antisemitisch definiert werden. Vielmehr begründen sie sich im Völkerrecht und in internationalen Konventionen. Inspiriert wurde die Kampagne von der antikolonialen Boykottbewegung gegen die Apartheid in Südafrika und keinesfalls vom Nazi-Boykott jüdischer Waren. Die BDS-Kampagne betont ausdrücklich ihren kategorialen Widerstand gegen «alle Formen des Rassismus, einschließlich Antisemitismus».²⁰ So haben führende BDS-Aktivist*innen beispielsweise die antisemitischen Äußerungen des in Israel geborenen britischen Musikers Gilad Atzmon scharf verurteilt.²¹ Auch die Berliner BDS-Gruppe hat sich von antisemitischen und islamistischen Äußerungen des jährlichen Al-Quds-Marsches distanziert²² und sich gegen Instrumentalisierungsversuche von Neonazis gewehrt.²³ Allerdings führt die lose Organisationsform dazu, dass es im BDS-Zusammenhang zu antisemitischen Äußerungen durch Individuen kommt, die sich der Kampagne angeschlossen haben. In der Tat ist der laxer Umgang mit antisemitischen Ressentiments in Teilen der internationalen Palästina-Solidarität ein globales Problem und in Ländern mit einer langen antisemitischen Tradition geradezu fahrlässig. Die «offizielle», das heißt die von BNC und PACBI organisierte BDS-Kampagne macht sich zudem durch vage formulierte Forderungen und Richtlinien angreifbar. Ein Beispiel sind die Boykotte von sogenannten Normalisierungsprojekten, also Aktivitäten, bei denen

16 Nakhala, Dua' (Policy Department): Shacked at home: The Palestinian minority in Israel, 18.9.2012, unter: www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dplc/dv/palestinian_minority_palestinian_minority_en.pdf; White, Ben: Systematisch diskriminiert, Qantara.de, 3.7.2012, unter: <https://de.qantara.de/content/palastinenser-israel-systematisch-diskriminiert>; Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel: NGO Report to the UN Human Right Committee in Advance of its List of Issues for the State of Israel, 9.4.2018, unter: www.adalah.org/uploads/uploads/PDF_Report_to_UN_Human_Rights_Committee_Adalah_09.04.2018_FINAL.pdf.

17 Die Kriterien für den Flüchtlingsstatus der palästinensischen Flüchtlinge sowie ihre Schutzrechte sind im internationalen Flüchtlingssystem geregelt; demnach gilt gemäß dem Grundsatz der Familieneinheit auch, dass die Nachkommen von Flüchtlingen ihren Flüchtlingsstatus behalten, bis eine dauerhafte Lösung gefunden wird.

18 Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste: Der rechtliche Status palästinensischer Flüchtlinge. Ausarbeitung, WD 2-219/06, 2006, unter: www.bundestag.de/resource/blob/479396/d55fb0aa176b46cca5ca159a30401174/wd-2-219-06-pdf-data.pdf.

19 Vgl. The Geneva Accord. A Model Israeli-Palestinian Peace Agreement. Draft Permanent Status Agreement, Art. 7, unter: <http://www.geneva-accord.org/mainmenu/english>.

20 Vgl. etwa die Antwort zu häufig gestellten Fragen (FAQ) auf der Website der BDS-Bewegung, unter: <https://bdsmovement.net/faqs>.

21 Abunimah, Ali: Palestinian writers, activists disavow racism, anti-Semitism of Gilad Atzmon, electronic intifada, 13.3.2019, unter: <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/palestinian-writers-activists-disavow-racism-anti-semitism-gilad-atzmon>.

22 BDS Berlin lehnt solche antisemitischen, kulturkämpferischen und Ressentiments schürenden Deutungsmuster entschieden ab; vgl. BDS Berlin: Stellungnahme gegen die Al-Quds-Tag-Demo 2016 in Berlin, 1.7.2016, unter: <http://bdsberlin.org/2016/07/01/stellungnahme-von-bds-berlin-gegen-die-al-quds-demo-2016-in-berlin/>.

23 BDS Berlin: BDS ist eine antikolonialistische, antirassistische Bewegung, 20.9.2016, unter: <http://bdsberlin.org/2016/09/20/bds-ist-eine-antikolonialistische-antirassistische-bewegung/>.

Israelis und Palästinenser*innen kooperieren, ohne sich eindeutig gegen die Besatzung zu positionieren. Der Boykott solcher Projekte kann einzelne Israelis

treffen – auch ohne den Nachweis einer institutionellen Verbindung zum israelischen Staat, wie eigentlich von der Kampagne gefordert.

DOPPELTE STANDARDS UND MONOKAUSALE ERKLÄRUNGSMUSTER

In unterschiedlichen Zusammenhängen wird der Vorwurf laut, BDS und ihre Unterstützer*innen würden mit zweierlei Maß messen, da sie nicht gleichzeitig ähnliche Schritte gegen andere Staaten fordern, bei denen noch verheerendere Menschenrechtsverletzungen zu beklagen sind. Die Fokussierung auf Israel, dem einzigen Staat mit einer jüdischen Mehrheit, könnte, so die Vermutung, antisemitisch motiviert sein. Auf der anderen Seite wird aber auch westlichen Ländern Doppelmoral vorgeworfen, wie etwa der EU, die im Jahr 2018 zwar 31 Länder mit Sanktionen belegt hat, zu Israel aber weiterhin außergewöhnlich enge Beziehungen pflegt, die sich stetig vertiefen, unabhängig von dortigen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen. Das ermöglicht Israel wiederum, die Kolonisierung der palästinensischen Gebiete zu vertiefen.

Insgesamt kann der Vorwurf von Doppelstandards gegen viele politische Bewegungen und ihre Forderungen – gegenwärtig etwa der Boykott saudischer Kulturveranstaltungen, aller kulturellen Aktivitäten, die durch das iranische Regime unterstützt werden («Stop the Bomb»²⁴), oder der Aufruf, jedwede Zusammenarbeit mit türkischen Universitäten zu beenden – erhoben und dadurch leicht instrumentalisiert werden. Mit dieser Methode, auch als «What-

aboutism» bezeichnet, soll von unliebsamer Kritik durch Hinweis auf andere – wirkliche oder vermeintliche – Missstände abgelenkt werden.

Dennoch wirft die intensive Beschäftigung mit dem Themengeflecht Israel/Palästina Fragen auf. Während das besondere Interesse von Palästinenser*innen und Israelis an Maßnahmen zur Beeinflussung der israelischen Politik selbsterklärend ist und während die starke Solidarität mit Palästina in ehemals kolonisierten Ländern damit zusammenhängt, dass dort die Menschen die Palästinenser*innen als das letzte kolonisierte Volk wahrnehmen, wirft die oftmals exklusive Beschäftigung mit dem Themengeflecht Israel/Palästina durch manche Kritiker*innen, aber auch Unterstützer*innen der israelischen Politik hierzulande die Frage auf, ob diese Beschäftigung nicht vielmehr eine Folie ist, mithilfe derer Themen abgehandelt werden sollen, die nicht ausgesprochen werden bzw. allzu sehr monokausale Erklärungsmuster, Verkürzungen und Projektionen bedienen, sodass sich ihr Urteil der israelisch-palästinensischen Gemengelage grundsätzlich von ihrer Haltung zu ähnlich gelagerten Konflikten unterscheidet. Mit solchen Doppelstandards wird eine gemeinsame Positionierung, die auf universellen Grundsätzen basiert, verunmöglicht.

SINNHAFTIGKEIT VON BOYKOTTEN UND SANKTIONEN

Boykotte und Sanktionen sind innerhalb der Linken umstritten, eine differenzierte Debatte muss noch geführt werden. Während die Unterstützer*innen von BDS sich dadurch eine Veränderung der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser*innen erhoffen, fürchten Kritiker*innen, dass die Kampagne Teile der israelischen Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht, die pauschal für die Politik ihrer Regierung in Haftung

genommen werden, was zur weiteren Abgrenzung und Systemstabilisierung beitrage.

Zudem führt vor allem der akademische und kulturelle Boykott dazu, dass Kooperationen zwischen Israelis und Palästinenser*innen – auch zwischen den Friedenswilligen unter ihnen – reduziert und Kommunikationskanäle geschlossen werden.

24 <http://de.stopthebomb.net/en/home.html>.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE BDS-KAMPAGNE

Weltweit bekam die Kampagne vor allem infolge der Militäroperation «Gegossenes Blei» in den Jahren 2008 und 2009 im Gazastreifen und dem darauffolgenden Wahlsieg Benjamin Netanjahus Aufmerksamkeit. Die extreme Gewalt und die explizite Ablehnung der israelischen Regierung gegen Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung führten lokale Akteure und zahlreiche internationale Beobachter*innen zu der Ansicht, die israelische Regierung nur durch eine über Ländergrenzen hinweg koordinierte Kampagne dazu bringen zu können, die Rechte der palästinensischen Bevölkerung zu respektieren, ohne auf einen bewaffneten Kampf zurückgreifen zu müssen. Vorab hatten die Palästinenser*innen jahrzehntelang eine ganze Bandbreite anderer Formen des Widerstandes ausprobiert: vom militanten Kampf über zivilen Widerstand bis hin zu mehreren Volksaufständen gegen die Besatzung sowie jahrelange und letztlich erfolglose Friedens- und Verhandlungsprozesse. Die Gründung der BDS-Kampagne vonseiten der palästinensischen Zivilgesellschaft war ein weiterer Versuch – nach dem Scheitern aller vorherigen Ansätze –, unabhängig von internationalen Akteuren sowie palästinensischen Autoritäten gewaltfreien Widerstand selbst zu organisieren.

Die Unterstützung für BDS fällt weltweit recht unterschiedlich aus. Im globalen Süden wird BDS vor allem von progressiven Kräften als antikolonialer Kampf verstanden und in Ländern wie Südafrika und in der gesamten arabischen Welt weitgehend unterstützt. In Westeuropa und Nordamerika erhält BDS wachsende Unterstützung in progressiven Kreisen, etwa durch Gewerkschaften und linke Parteien,²⁵ an Universitäten und unter Intellektuellen, aber auch von einer kleinen, aber wachsenden jüdischen Minderheit in den USA. Gleichzeitig wird BDS in linken Kreisen im Vereinigten Königreich, in denen die Unterstützung sehr stark war, gegenwärtig stärker problematisiert. Die Diskussionen in der Labour Party und in ihrem Umfeld zeigen, dass keineswegs nur in Deutschland über

wirklichen oder vermeintlichen Antisemitismus im Kontext von Kapitalismuskritik, «Antiimperialismus» oder Israel heftig debattiert wird.²⁶

In Deutschland ist die BDS-Kampagne derweil eine vernachlässigbare Größe.²⁷ Zwar wird sie von einigen jüdischen Organisationen und zahlreichen Gruppen der Palästina-Solidarität unterstützt, nicht aber von einer einzigen Gewerkschaft, Institution oder Partei. Die Gründe hierfür sind nicht erforscht, es liegt jedoch nahe zu vermuten, dass dies auf die deutsche Verantwortung für die Shoah zurückzuführen ist. Als Konsequenz hieraus erwächst für bedeutende Teile der deutschen Öffentlichkeit eine besondere Beziehung und Verpflichtung gegenüber Jüdinnen und Juden in aller Welt, aber auch speziell gegenüber dem Staat Israel. Im Gegensatz etwa zu ehemals kolonisierten Staaten wird Israel folglich in erster Linie nicht als Kolonialprojekt wahrgenommen, sondern als sicherer Hafen (*safe space*) für Jüdinnen und Juden und somit als emanzipatorische Errungenschaft, der die eigene Solidarität gilt.

In den besetzten palästinensischen Gebieten gilt BDS als legitimes Mittel des gewaltlosen Protests und wird nominell von einem breiten politischen Bündnis getragen. Allerdings wird der BDS-Bewegung vorgeworfen, die Solidarität des Auslands anzufordern, ohne vor Ort adäquat tätig zu werden. Während die Anti-Apartheid-Bewegung große Unterstützung in Südafrika selbst erfuhr, wird BDS zwar nahezu einhellig von politischen Parteien und von der Zivilgesellschaft unterstützt, setzt sich aber nicht in eine aktive Massenbewegung um. Als Erklärung führen BDS-Unterstützer*innen an, die palästinensische Wirtschaft sei absolut abhängig von der israelischen,²⁸ sodass ein Boykott dort nur unter größten Mühen zu befolgen wäre.

In Israel ist BDS gesetzlich verboten, gilt in linken Kreisen und Parteien aber durchaus als legitim und erfährt mitunter auch Zuspruch.

25 Etwa Podemos in Spanien, die Demokratischen Sozialisten Amerikas (DSA) in den USA und einige grüne Parteien.

26 Vgl. etwa BBC, Anti-Semitism: What is it and why are the Labour Party talking about it?, 19.2.2019, unter: www.bbc.co.uk/newsround/43911858.

27 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11970, 18. Wahlperiode 7.4.2017. Unterrichtung durch die Bundesregierung Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>, S. 166, FN 547.

28 Vgl. hierzu Elias, Eness: Ein gekapertter Markt: Das Pariser Protokoll und die palästinensische Wirtschaft, 6.6.2018, unter: www.rosalux.org.il/palastinensische-wirtschaft/.

WIRKUNG DER BDS-KAMPAGNE

Während die BDS-Kampagne in vielen Zusammenhängen intensiv diskutiert wird, können ihre realen Erfolge jedoch als gering eingeschätzt werden. Dies hängt mitunter mit der geringen Wirkung individueller Boykotte zusammen, zumal in Zeiten globalisierter Produktionsketten israelische Produkte selten als solche sichtbar sind. Zudem gilt: Wirtschaftliche Aktivitäten in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten werden von vielen internationalen Akteuren (z. B. Bundesregierung, EU, UN) unabhängig von BDS als völkerrechtswidrig erachtet, sodass vorwiegend westeuropäische Pensionsfonds,

Stiftungen oder Unternehmen ein Engagement in diesen Gebieten ablehnen bzw. beendet haben. BDS dagegen konnte kaum nennenswerten Druck auf Wirtschaftsunternehmen erzeugen, sodass die israelische Wirtschaft so gut wie keine Auswirkungen spürt und sich steigender Investitionen erfreut. Schließlich erwägt momentan kein Land Sanktionen gegen Israel, im Gegenteil: Israel konnte seine internationalen Beziehungen – gerade auch zu vielen arabischen Staaten – in den letzten Jahren stark ausbauen.

MASSNAHMEN UND BESCHLÜSSE GEGEN DIE BDS-KAMPAGNE

Seit mehreren Jahren betreibt die israelische Regierung unter Premier Benjamin Netanjahu gemeinsam mit Lobbyorganisationen eine weltweite, mit mehreren Dutzend Millionen US-Dollar finanzierte,²⁹ zum Teil verdeckte und mit teils sich an der Grenze zur Illegalität befindlichen Methoden³⁰ geführte Gegenkampagne zu BDS, die von dem hierfür geschaffenen Ministerium für strategische Angelegenheiten koordiniert wird. Ziel dieser Gegenkampagne ist mit Blick auf die Boykottforderungen die systematische Verwischung der Differenzierung zwischen dem Kernland Israel in den Grenzen von 1967 und den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten. Diese Unterscheidung ist aber grundlegend und vom UN-Sicherheitsrat³¹ und von der EU³² bestätigt, um die Möglichkeit einer Zweistaatenregelung aufrechtzuerhalten. Mit dieser Gegenkampagne soll jede Kritik an der israelischen Besatzungspolitik diskreditiert werden.³³

In den letzten Jahren kam es über Israel hinaus zu eindeutigen Positionierungen zahlreicher Institutio-

nen und Organisationen gegen die BDS-Kampagne. So verurteilte der US-Kongress mit Unterstützung aller Republikaner*innen und der großen Mehrheit der Demokratischen Partei die BDS-Bewegung als antiisraelisch.³⁴ 27 US-Bundesstaaten haben Gesetze oder Richtlinien verabschiedet, die Unternehmen, Organisationen oder Einzelpersonen ahnden, die Boykotte gegen Israel betreiben oder fordern, 17 hiervon schließen Siedlungsprodukte ausdrücklich mit ein.³⁵ In Deutschland hat der Bundestag im Mai 2019 mit großer Mehrheit einen Antrag beschlossen, in dem die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Kampagne als antisemitisch charakterisiert werden.³⁶ Auch mehrere deutsche Kommunen und Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen,³⁷ Berlin,³⁸ Frankfurt am Main, München und Essen erklärten in den letzten Jahren ihre Gegnerschaft zu BDS und verweigern den Unterstützer*innen die Nutzung kommunaler Räume.

29 Zur Finanzierung vgl. Guttman, Nathan: Adelson-Saban Summit Raises Millions to Fight BDS, Haaretz, 9.6.2015, unter: www.haaretz.com/adelson-saban-summit-raises-millions-to-fight-bds-1.5370597; JTA: Israel okays \$ 72 million anti-BDS project, 29.12.2017, unter: www.timesofisrael.com/israel-okays-72-million-anti-bds-project/.

30 Vgl. hierzu Blau, Uri: Inside the Clandestine World of Israel's «BDS-busting» Ministry, Haaretz, 26.3.2017, unter: www.haaretz.com/israel-news/MAGAZINE-inside-the-clandestine-world-of-israels-bds-busting-ministry-1.5453212.

31 Vgl. Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vom 23.12.2016, unter: www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf.

32 Council of the European Union: Council conclusions on the Middle East Peace Process, 10.12.2012, unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/134140.pdf.

33 Dies sei eine «blamable Art des Totschweigens», schreiben der ehemalige israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, und der israelische Historiker Moshe Zimmermann in: Und bald «Bikini statt Kippa?», in: Die Zeit, 30.6.2017, unter: www.zeit.de/2017/40/antisemitismus-rechtspopulismus-europa-bundestagswahl.

34 United States Congress: H.Res.246 – Opposing efforts to delegitimize the State of Israel and the Global Boycott, Divestment, and Sanctions Movement targeting Israel, 23.7.2019, unter: www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/246/text.

35 Human Rights Watch: US: States Use Anti-Boycott Laws to Punish Responsible Businesses, 23.4.2019, unter: www.hrw.org/news/2019/04/23/us-states-use-anti-boycott-laws-punish-responsible-businesses

36 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen: Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen, 15.5.2019, unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf>.

37 Hemmelrath, Peter: BDS-Bewegung einstimmig verurteilt, nrw-direkt, 21.9.2018, unter: <http://nrw-direkt.net/bds-bewegung-einstimmig-verurteilt/>.

38 Abgeordnetenhaus Berlin: Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen, 14.3.2019, unter: www.parlament-berlin.de/adon/18/IIIPlen/vorgang/d18-1754.pdf.

DIE MEINUNGSFREIHEIT UND RECHTLICHE FRAGEN

Im Einklang mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sieht die EU dagegen BDS-Maßnahmen als eindeutig gedeckt durch die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit im Einklang mit der EU-Grundrechtecharta.³⁹ Die gleiche Position vertritt der UN-Berichterstatte für die Menschenrechtspakte.⁴⁰

Entscheidungen öffentlicher Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland, die BDS-Bewegung mit einer Form von Antisemitismus gleichzusetzen und BDS-Gruppen oder -Anhänger*innen von der

Nutzung öffentlicher Räume abzuhalten, wurden bislang von zwei deutschen Gerichten verhandelt und für rechtswidrig erklärt. Das Verwaltungsgericht Oldenburg⁴¹ sah darin eine Verletzung der Versammlungsfreiheit, während das niedersächsische Oberverwaltungsgericht⁴² urteilte, die Beweislast für die Antisemitismus-Vorwürfe liege bei der Partei, die einen solchen Vorwurf erhebt. Das Gericht fand keine Anhaltspunkte dafür, dass die BDS-Initiative antisemitisch ist oder den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Ordnung in Deutschland widerspricht.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, ob Strategie, Methoden und Argumente der BDS-Kampagne plausibel, politisch klug und zielführend im Sinne einer Konfliktlösung sind. Die aufgeheizte bundesdeutsche Diskussion um BDS trägt nicht dazu bei, sich konstruktiv an einer friedlichen und gerechten Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu beteiligen. Deshalb wäre es hilfreich, der zugespitzten Diskussion über die BDS-Frage eine aufklärerische Auseinandersetzung mit den Realitäten vor Ort sowie Lösungs- und Handlungsansätze entgegenzustellen, etwa die Differenzierungspolitik,⁴³ wie sie vom UN-Sicherheitsrat beschlossen worden ist. Es ist im Sinne der EU-Beschlüsse, denen Deutschland zugestimmt hat, zwischen Israel in den Grenzen von 1967 und den besetzten Gebieten zu unterscheiden.

2. Die BDS-Bewegung ist nicht als antisemitisch einzustufen. Wenn bei einzelnen Personen und Organisationen, die innerhalb des BDS-Spektrums agieren, fließende Übergänge hin zu Antisemitismus festzustellen sind, gilt es, die Auseinandersetzung nicht an der BDS-Unterstützung festzumachen, sondern an den eigentlichen antisemitischen Aussagen beziehungsweise Taten.

Insgesamt gilt: Der Kampf gegen Antisemitismus stellt für die deutsche Linke ein eigenes Anliegen und eine Selbstverständlichkeit dar. Dabei ist der israelisch-palästinensische Konflikt für Deutschland und Europa nicht der Kerngegenstand, vielmehr haben wir als Linke und Deutsche die besondere Pflicht, Antisemitismus hier zu bekämpfen. Dies gilt umso mehr, als es in den letzten Jahren in Deutschland wie in den meisten europäischen Ländern zu einem Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsnationalistischer Parteien gekommen ist, der oft mit einem wachsenden Rassismus einhergeht. Jüdinnen und Juden in Europa erleben in den letzten Jahren eine Zunahme von Antisemitismus. Es gibt unterschiedliche Wahrnehmungen und Einschätzungen, aus welchen Motiven, Ideologien und Gruppen sich der gegenwärtige Antisemitismus in Deutschland und Europa speist. Keine politische Strömung, keine gesellschaftliche Gruppe ist vollkommen frei von einer Anfälligkeit für antisemitische und rassistische Klischees oder mehr noch von einem Mangel an Empathie für die von Antisemitismus betroffenen Menschen. Auch wenn die Hauptakteure des gegenwärtigen Antisemitismus rechte Gruppen und Ideologien der Ungleichwertigkeit sind, so haben linke Akteure die Aufgabe, Anti-

39 European Parliament: Boycott, divestment and sanctions (BDS) movement and freedom of expression, 15.9.2016, unter: www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect=.

40 UN Human Rights: UN experts call on Israel to overturn deportation of Human Rights Watch director, unter: www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24516&LangID=E.

41 Verwaltungsgericht Oldenburg: VG Oldenburg hält Aufhebung der Entscheidung zur Überlassung eines Vortragssaals im PFL für eine Vortragsveranstaltung der BDS im Mai 2016 durch die Stadt Oldenburg für rechtswidrig, Pressemitteilung, 28.9.2018, unter: <https://verwaltungsgericht-oldenburg.niedersachsen.de/aktuelles/vg-oldenburg-haelt-aufhebung-der-entscheidung-zur-ueberlassung-eines-vortragssaals-im-pfl-fuer-eine-vortragsveranstaltung-der-bds-im-mai-2016-durch-die-stadt-oldenburg-fuer-rechtswidrig-169355.html>.

42 Beschluss des 10. Senats des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts am 27.3.2019, Beschluss 10 ME 48/19, 3 B 709/19 (Abschrift, nicht online).

43 Mehr zur Differenzierungspolitik vgl. etwa Lovat, Hugh (European Council on Foreign Relations), EU Differentiation and the push for peace in Israel-Palestine, unter: www.ecfr.eu/page/-/ECFR_194_-_EU_DIFFERENTIATION_AND_THE_PUSH_FOR_PEACE_IN_ISRAEL-PALESTINE_%281%29.pdf.

semitismus in linken Zusammenhängen sorgsam und selbstkritisch zu reflektieren.⁴⁴

3. Die Unterstützung der BDS-Kampagne ist durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Eine Ausgrenzung von BDS-Befürworter*innen würde nicht nur die weltweite Tendenz schrumpfender demokratischer Räume befeuern, sondern auch das Ende der Kooperation mit vielen linken Akteuren weltweit bedeuten, auch im Migrationsland Bundesrepublik Deutschland. Zudem dürfen menschen- und völkerrechtlich legitime Positionen und politische Forderungen nicht blockiert werden. Die angestrebte Verbannung von BDS-Befürworter*innen aus dem öffentlichen Raum ignoriert auch die Frage, welche Form des Widerstands gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete legitim wäre.

4. Die komplexen Realitäten in Israel und Palästina bedürfen einer kenntnisreichen und differenzierten

Auseinandersetzung. Verkürzungen und Projektionen sind dabei nicht zielführend. Vielmehr braucht es die Unterstützung von und die Solidarität mit progressiven demokratischen Kräften, die sich auf beiden Seiten für eine gerechte Lösung des Konfliktes einsetzen. 5. Angesichts der festgefahrenen Fronten auch innerhalb der Linken bedarf es eines souveränen und offeneren Umgangs mit dem Themenkomplex Israel und Palästina. Es müssen Räume geschaffen werden, in denen sich Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund sowie unterschiedlichen Positionen und Sprechrollen einbringen können. Gleichzeitig muss eine Diskussion entstehen, die sich zum Ziel setzt, gemeinsame, universell anwendbare Positionen zu erarbeiten, die – etwaige Widersprüche und Zielkonflikte emanzipatorischer Bestrebungen anerkennend – eine künftige gemeinsame, solidarische Positionierung ermöglichen.

44 Vgl. z. B. die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene Studie «Aktueller Antisemitismus in Deutschland: Verflechtungen, Diskurse, Befunde» von Anne Goldenbogen und Sarah Kleinmann, unter: www.rosalux.de/publikation/id/43659/aktueller-antisemitismus-in-deutschland, sowie die Podcast-Folge von ManyPod: <https://manypod.podigee.io/8-neue-episode>.